- ☺ Recht auf **proaktive Information** in verständlicher Sprache über die eigenen Rechte, den Gang des Verfahrens und der Rechtsmittel. Gegebenfalls auch mehrsprachig! Volle Akteneinsicht, Veröffentlichung aller Durchführungs- und allgemeiner Dienstanweisungen: Informationsfreiheitsgesetz!
- ☺ **Recht auf frei wählbare Angebote** und individuelle Beratung;
- ☺ **Recht auf frei gewählte Bildung** und **Berufsausbildung** sowie **Umschulung**;
- ☺ **Recht auf frei gewählte Arbeit** entsprechend ILO Übereinkommen 122. Kein permanenter Zwang für **„AufstockerInnen“** (Niedriglohnarbeit, Teilzeitarbeit) sich eine andere, volle Arbeit zu suchen! (... die es nicht gibt!)
- ☺ **Recht auf Begleitperson** bei allen Kontakten mit der Behörden und der für diese arbeitenden Dienstleistern;
- ☺ **Recht auf Schutz der Privatsphäre** und der persönlichen Individualität. Volle Vertraulichkeit von Beratung usw.!
- ☺ Recht auf **unabhängige Rechtsberatung** und Hilfe zur Rechtsdurchsetzung;
- ☺ **Wahl von ErwerbslosenrätInnen**, **ArbeitslosenbetriebsrätInnen** in Arbeitsprojekten sowie KurssprecherInnen in Kursen, die in Form der **Erwerbslosen- und Sozialanwaltschaft** Ressourcen und Mitspracherechte haben!
- ☺ **Recht auf ein menschenwürdiges Begräbnis** statt Armengrab! Keine Anrechnung von Begräbnisversicherungen!

☺ **Schutz des Menschenrechts auf EIGENtum und Wohnen**: Anhebung der Freigrenzen für Geldvermögen auf 10.000 Euro pro Person (entspricht etwa Hartz IV), keine „Vermögensverwertung“ von Gütern des Lebensbedarfes wie Auto und Wohnung**/Haus** für den eigenen Bedarf!

☺ **Abschaffung** der **„Sippenhaftung“** und **versteckter Regresse** (z.B. Grundbucheintrag).

☺ **Keine Disziplinierung** von **Jugendlichen** durch Strafabschläge!

Für ein Leben ohne Schikanen durch die Wiener Bürokratie!
Diese bevormundende Sozialpolitik ist ein Wegbereiter von Schwarzblau!

AKTIVE ARBEITSLOSE

http://www.aktive-arbeitslose.at
Aktive Arbeitslose Österreich, Krottenbachstraße 40/9/6, 1190 Wien

NEIN zu den Verschärfungen der Wiener Mindestsicherung!

Menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben für alle Menschen frei von Repression und Disziplinierung!

Rechtsruck stoppen! Schluss mit der MittäterInnenschaft im Krieg der Reichen gegen die arm Gemachten!

Die ab 1.2.2018 geltende **Novelle der Wiener Mindestsicherung** sieht zwar einige Verbesserungen für Teilgruppen vor, wie zum Beispiel die Ausweitung des BeziehерInnenkreises und Ausweitung von nicht anzurechnendem Einkommen, dafür aber **massive Verschlechterungen für fast ALLE Menschen** die auf die Wiener Mindestsicherung als letztes „soziales Netz“ unfreiwillig angewiesen sind.

Nach einem viel zu kurzen Begutachtungsverfahren ohne aktive Einbeziehung der Betroffenenselbstorganisationen haben SPÖ und Grüne die repressive Novelle mit nur kleinen, unbedingt notwendigen, Entschärfungen brutal durchgedrückt.

Die auffallendsten Verschärfungen:

- ☹ **Ziel** nur noch Existenzsicherung und **fremd bestimmte Lohnarbeit um jeden Preis** statt menschenwürdige und selbst bestimmte Existenz. Arm Gemachten werden keine Menschenwürde und keine ausreichenden Rechte zugestanden!
- ☹ **Festschreibung des neoliberalen Dogmas,** dass „Integration in die Gesellschaft“ nur durch Unterwerfung ALLER Menschen unter das neoliberale **Aktivierungs- und Lohnarbeitszwangregime** möglich sein soll, egal ob Menschen am real existierenden ArbeitsMARKT aufgrund rasanter Automatisierung (Industrie 4.0, Robotisierung) als Ware Arbeitskraft überhaupt noch eine Chance haben!
- ☹ Massive **Ausweitung des Sanktionenregimes**: Immer mehr fremdbestimmte Zwangsmaßnahmen, die sogar massiv in die persönliche Sphäre der Menschen eingreifen können: Neben **Kompetenzchecks** (Datamining über die Persönlichkeit!), werden auch Nach- und Umschulungen, Beschäftigungsmaßnahmen (zweitklassiger **„zweiter Arbeitsmarkt“** mit extrem geringer Wirkung: nur 2,8 Tage netto mehr an ungeförderter Beschäftigung pro Folgejahr !!!), Orientierungs- und **Aktivierungsmaßnahmen** (laut Wissenschaft völlig wirkungslos!), Beratung, Betreuung und **Coaching** mit Gewalt erzwungen. Wichtige Grundlagen für den Erfolg, wie das Vertrauen und die Eigenmotivation, werden zerstört!

Sogar **Sozialarbeitergespräche** und **psychosoziale Betreuung** werden mit Sanktionen erzwungen. Berufsethos von SozialarbeiterInnen und gesetzliche Pflichten von PsychologInnen werden missachtet! „Helfer" werden zu Mittätern gemacht.

☹ Kein Ausgleich von **Existenz gefährdenden AMS-Bezugssperren**!

☹ **Sanktionen** haben laut neuer **wifo-Studie überhaupt keinen positiven Effekt** auf die Vermittlungsquoten. Zahlreiche internationale, wissenschaftliche Untersuchungen belegen **massive negative Auswirkungen** der „schwarzen Padägogik" in Form permanenter Androhung der Existenzvernichtung!

Das Sanktionenregime ist eine **gefährliche Waffe** in der Hand der „Niemandsherrschaft der Bürokratie" (Hannah Arendt), fördert das **verantwortungslose SchreibtischtäterInnentum** und zwingt die MitarbeiterInnen der Stadt Wien ihren Brüdern und Schwestern durch die Gewalt der Bezugssperren großen Schaden zuzufügen! Dieses Gewaltregime ist grundsätzlich zutiefst unmoralisch. Es ist mit den Werten der Demokratie und den Menschenrechten völlig unvereinbar!

☹ **Invalide** und **chronisch Kranke** werden in einem **Case Management** auch über private Therapien überwacht und sollen offenbar in fremdbestimmte Rehabilitation (= menschenrechtswidrige **Zwangsbehandlung**!) gezwungen werden. Die Gesundheit wird durch teure und sinnlose Zwangsmaßnahmen weiter zerstört!

☹ Von der auf (von der Bürokratie ausgeübten) Gewalt beruhenden Planwirtschaft profitieren in erster Linie „Armutsindustrie" und **parteinahe Kursinstitute**.

☹ Festschreibung eines **patriachalen Familienbildes** sowie **Ausweitung der Sippenhaftung** der „Bedarfsgemeinschaften" die als Ganzes dem Zwangsregime unterworfen wird und wo jeder für die Anderen haften muss! Einkommensanrechnung, versteckter Regress usw. was vor allem Frauen diskriminiert! Pflicht auch für die anderen Mitglieder des Haushalts voll arbeiten gehen zu müssen.

☹ **Diskriminierung Jugendlicher**: Jugendliche erhalten vollen Bezug nur, wenn sie an den Zwangsmaßnahmen teilnehmen (Abzug 25% nach 4 Monaten). Wenn sie selbständig im eigenen Haushalt leben wollen, werden sogar 50% abgezogen!

☹ **Altersdiskriminierung:** Kein Recht auf Berufsausbildung für Meschen über 25. Das trifft besonders Flüchtlinge (= Rassismus).

☹ **Verschlechterungen** beim Zugang zur **„Dauerleistung"** für Arbeitsunfähige und Invalide. Invalide werden bereits jetzt mitunter völlig rechtswidrig von der MA 40 als „arbeitsfähig" geschrieben um ihnen die Dauerleistung weg zu nehmen!

☹ Ausweitung von **Datamining** durch Kompetenzenchecks, **Case Management** und Datengrabbing beim AMS. Während die teure und **disziplinierende Bürokratie** über die Reichen und Superreichen gar nichts weiß, will die Stadt Wien nun alles über das Leben der von Kapital und Staat künstlich arm gemachten Menschen wissen!

☹ Weiterhin **keine demokratische Mitsprach**e obwohl diese in ILO Übereinkommen 122 und ILO Empfehlung 202 über den nationalen Basisschutz vorgesehen ist.

☹ Völlige **Missachtung des Menschenrechts auf FREI gewählte, existenzsichernd entlohnte Erwerbsarbeit**, in der die eigenen **Interessen** und **Fähigkeiten** weiter entwickelt werden können. Österreich hat sich in 5 internationalen Konventionen zum Menschrecht auf frei gewählte Erwerbsarbeit verpflichtet!

☹ **Menschenrechte** werden so in der **Menschenrechtsstadt Wien** noch stärker **mit Füßen getreten** in dem der Druck auf die Ärmsten und die **Fremdbestimmung** deren Lebens durch eine entfesselte und wild wuchernde Bürokratie erhöht werden, während die Reichen und Superreichen ungeniert immer mehr die Gesellschaft ausbeuten!

Wir fordern daher den **sofortigen Stopp** der massiven Verschlechterungen der Wiener Mindestsicherung und **Neustart unter Einbeziehung der Betroffenenselbstorganisationen** und von MenschenrechtsexpertInnen.

Diese **Neuregelung** soll auf jeden Fall folgende Punkte umfassen:

☺ Menschenrechts- und demokratiekonforme Definition der Ziele der Wiener Mindestsicherung: **Menschenwürdige Existenz** und ein **selbst bestimmtes Leben**. Menschenrecht auf frei gewählte, Existenz sichernde Arbeit entsprechend eigenen Interessen und Fähigkeiten (ILO Übereinkommen 122, Europäische Sozialcharta, UNO WSK-Pakt, EU Grundrechtecharta u.a.)! **Umsetzung aller Menschenrechte**! **Demokratische Mitsprache** Betroffener bei der Entwicklung, Umsetzung und Evaluierung der Umsetzung der Wiener Mindestsicherung (ILO Empfehlung 202 + UNHCHR „Dignity-Note").

☺ **Freiwilligkeit aller Maßnahmen** bei der Wiener Mindestsicherung, denn die freiwillige Teilnahme bei transparenter Information ist die einfachste und wirkungsvollste Qualitätssicherung.

Schluss mit der massiven Gewalt gegen die Unterschicht, **keine Existenz gefährdenden Sanktionen mehr**!

☺ Festschreibung **durchsetzbarer Rechte**:

☺ Durchsetzbarer **Rechtsanspruch** auf Sicherung vom realen, Lebensunterhalt, **vollen Wohnbedarf** inklusive realer **Heizkosten** (der Heizkostenzuschuss wurde 2011 abgeschafft!) sowie **Bedarf in besonderen Lebenslagen**.